Österr. Volkszeitung 27./VIII. 1916.

*** Zum Kampf gegen die Teuerung.** Vom Reichsverein der Privatbeamten Oesterreichs erhalten wir eine Zuschrift, worin es heißt: Die Teuerung hat trotz mehrfacher Regierungsmaßnahmen nicht nachgelassen und die Preise für die Bedarfsartikel (Kleider, Schuhe, Wäsche usw.) weisen noch immer eine steigende Tendenz auf. Tausende Beamtenfamilien stehen ratlos da und können sich mit dem den heutigen Verhältnissen nicht annähernd entsprechenden Einkommen (Gehalt nebst Zulage) nicht mehr helfen. Natur und Kultur des Menschen stellen unerbittlich ihre Ansprüche und ein großer Teil der Beamten vermag sie nicht zu erfüllen. Zudem ist der Schulbeginn vor der Tür und sind die Eltern in banger Sorge, wie und wie lange sie für die daraus erwachsenen Kosten aufkommen und ob sie demnach den Kindern auch eine Schulbildung ermöglichen können, die Beamtenskindern gebührt. Eine Reihe von Firmen hat bereits den geschilderten Umständen Rechnung getragen und den Beamten außerordentliche Zuwendungen, zumeist in einmonatlicher Gehaltshöhe, gewährt. Es ergeht jedoch auch an die übrigen Unternehmer die dringende Bitte, den Notstand der Beamten zu berücksichtigen und ihnen längstens [illegible] zum Herbstbeginn eine einmalige Z[illegible]dung in der Höhe eines Monatsgehaltes [illegible]ewilligen.